

Dr. Wolfgang Strengmann-Kuhn

- (A) könnte. Ich muss sagen: Ich bin wirklich fassungslos und weiß kaum, was ich sagen soll.

(Peter Weiß [Emmendingen] [CDU/CSU]: Ich bin fassungslos über das Verhalten von SPD und Grünen!)

Schließen möchte ich, indem ich aus dem Schluss des Vorworts des erwähnten Wegweisers zitiere. Da heißt es:

Verlieren Sie bitte nicht die Geduld, wenn hier und da einmal etwas nicht so reibungslos läuft, wie Sie erhofft hatten.

(Heiterkeit bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN, der SPD und der LINKEN)

Manches Warten und manche Schwierigkeiten werden sich nicht vermeiden lassen. Aber machen Sie dennoch von Ihren Rechten Gebrauch.

Das haben die Menschen getan.

Sie können dabei stets auf die verständnisvolle und sachverständige Unterstützung der für Ihre Belange zuständigen Stellen rechnen.

Für viele DDR-Flüchtlinge klingt das mittlerweile wie ein Hohn, genau wie das, was Sie auch heute wieder von sich gegeben haben.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der SPD sowie bei Abgeordneten der LINKEN)

- (B) Die Betroffenen warten schon viel zu lange.

Der Vorschlag von SPD und Grünen liegt auf dem Tisch. Wenn Sie ihn nicht gut bzw. problematisch finden: Machen Sie es besser! Finden Sie nicht wieder irgendwelche Gründe, die gegen unseren Vorschlag sprechen! Ich bin davon überzeugt, dass auch der Kollege Lange gleich nur sagen wird, was an unserem Vorschlag nicht geht. Sagen Sie, was geht! Geben Sie den Leuten wenigstens ein Stück weit Hoffnung.

Wir sind gerne bereit, konstruktive Verhandlungen zu führen. Wir haben unsere Anträge vor fast einem Jahr, im Frühjahr/Frühsummer 2011, eingebracht und Ihnen viel Zeit gegeben, in einen konstruktiven Dialog mit uns zu treten. Es ist nichts, aber auch gar nichts passiert. Auch in Ihrem Musterbrief wird nur argumentiert, warum unser Vorschlag nicht geht. Legen Sie endlich eigene Vorschläge vor! Tun Sie etwas! Sie sind an der Regierung. Wir machen im Sinne der Betroffenen gerne mit. Die haben es nämlich wirklich nötig.

Danke schön.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, bei der SPD und der LINKEN)

Vizepräsident Dr. Hermann Otto Solms:

Das Wort hat der Kollege Ulrich Lange von der CDU/CSU-Fraktion.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Ulrich Lange (CDU/CSU):

(C)

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr Schreiner, zum Thema Sachlichkeit brauche ich bei Ihrem Vortrag heute nichts mehr zu sagen. Opportunistischer und heuchlerischer geht es nicht. Dazu kann man wirklich nichts mehr sagen.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP – Dr. Wolfgang Strengmann-Kuhn [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das ist heuchlerisch von Ihnen!)

Ich habe in *Kürschners Volkshandbuch* erst einen Stern für die Dauer meiner Zugehörigkeit zum Deutschen Bundestag, Sie haben, wie wir gehört haben, neun Sterne, aber Sie haben die lange Zeit, für die Sie diese neun Sterne bekommen haben, nicht positiv nutzen können, um das umzusetzen, von dem Sie jetzt plötzlich glauben, dass es richtig ist.

(Dr. Wolfgang Strengmann-Kuhn [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Sie setzen überhaupt nichts um! Sie machen überhaupt nichts! Sie lassen die Leute im Regen stehen!)

Wenn es nach Ihnen, dem treuen Vasallen von Lafontaine, gegangen wäre, dann hätten wir das Problem natürlich nicht; denn dann hätten wir nicht einmal die Wiedervereinigung. Hier müssen Sie die Kirche doch bitte einmal im Dorf lassen.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP – Dr. Wolfgang Strengmann-Kuhn [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Völlig irrelevant!)

(D)

Herr Schreiner, fangen Sie selber mit der Sachlichkeit an, bevor Sie darüber reden.

(Iris Gleicke [SPD]: Sie waren mit Ihren Zwischenrufen und sind mit Ihrer Rede ein Fall für Fremdschämen! – Weiterer Zuruf von der SPD: Peinlich, was Sie sagen!)

Liebe Frau Kollegin Bunge, Sie haben in der DDR Marxismus-Leninismus studiert.

(Anton Schaaf [SPD]: Zur Sache, Herr Lange!)

Vor diesem Staat sind die Menschen in die faire Bundesrepublik Deutschland geflohen, und sie haben dort von der Gesellschaft, die sie aufgenommen hat, auch ein faires Rentenangebot bekommen. Nach Ihrem Willen wäre es so natürlich nicht gekommen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU – Dr. Wolfgang Strengmann-Kuhn [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Peinlich!)

Herr Strengmann-Kuhn, wo waren denn Ihre Gesetzentwürfe in den sieben Jahren Rot-Grün? Herr Schreiner, bei Ihnen waren es elf Jahre.

(Dr. Wolfgang Strengmann-Kuhn [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Sie regieren jetzt doch!)

Es ist völlig egal, zu welcher Tageszeit sie geführt wird: Diese Debatte ist opportunistisch.

Ulrich Lange

- (A) (Ottmar Schreiner [SPD]: Wo geht es denn jetzt lang? – Dr. Wolfgang Strengmann-Kuhn [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Was soll denn der Unsinn? Sagen Sie doch mal, was Sie jetzt wollen!)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, Übersiedler und Flüchtlinge aus der DDR wurden in der Bundesrepublik bis zur Maueröffnung nach dem Fremdrentengesetz bewertet und originären Bundesbürgern gleichgestellt.

(Britta Haßelmann [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das wissen wir schon, Herr Lange!)

Im Rahmen des Renten-Überleitungsgesetzes kam es dann zu Neubewertungen.

(Ottmar Schreiner [SPD]: Hallo! Zur Sache, Schätzchen! – Anton Schaaf [SPD]: Nein, das war erst 92, nicht 91! Da ist doch nur Ahnungslosigkeit unterwegs!)

Diese Rentenminderungen werden ja zum Teil auch nicht bestritten. Ihr Argument des Vertrauensschutzes, den Wegweiser von 1989, den Sie vorlegen, gab es zum Antritt Ihrer Regierung im Jahre 1998 aber auch schon.

(Dr. Wolfgang Strengmann-Kuhn [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das ist ein politisches Versprechen!)

Warum haben Sie das damals nicht gelesen und entsprechend gehandelt? Der Einstieg, den Sie hier gewählt haben, ist nicht überzeugend, sondern er ist unglaubwürdig und unfair.

- (B) (Beifall bei der CDU/CSU und der FDP – Dr. Wolfgang Strengmann-Kuhn [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das ist doch peinlich, was Sie hier machen! – Gegenruf des Abg. Peter Weiß [Emmendingen] [CDU/CSU]: Das ist unehrlich, was Sie hier machen! Das ist so was von unehrlich!)

Wir alle wissen: Die Schaffung eines Vertrauensschutzes im Rentenrecht ist ein äußerst schwieriges Problem. Jeder weiß, dass auf jedem Rentenbescheid, den man während der Beschäftigungsphase bekommt – so ist das auch bei meinem –, „Unter Vorbehalt“ steht. Keine Rentenauskunft ist endgültig und bestandskräftig.

(Zuruf von der SPD: Langweilig!)

– Ja, natürlich, „langweilig“. – Wir alle haben das bei der Umstellung des Renteneintrittsalters von 65 auf 67 Jahre erlebt.

(Dr. Wolfgang Strengmann-Kuhn [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Blabla! Nur Luftblasen! Das ist doch völlig irrelevant! Was wollen Sie denn machen?)

Auch dadurch gab es natürlich Änderungen hinsichtlich des Vertrauensschutzes.

Die wesentlichen Punkte hat Ihnen der Kollege Weiß schon genannt.

(Ottmar Schreiner [SPD]: Dann setzen wir uns jetzt mal!)

Weder Herr Schreiner noch Herr Strengmann-Kuhn (C) muss hier jetzt den Empörten spielen. Wo waren Ihre Vorschläge?

(Ottmar Schreiner [SPD]: Alles ist schon gesagt, nur nicht von Herrn Lange!)

Ja, wir hätten gerne eine optimale Regelung gefunden. Der Kollege Weiß hat das auch schon deutlich angesprochen. Wir haben mit vielen Interessenverbänden und Fachbehörden gesprochen. Die beste Lösung, eine echte, individuelle Rentengerechtigkeit, die wir alle gerne hätten, wird es – das werden wir uns eingestehen müssen – am Ende des Tages nirgends geben.

Ich fasse zusammen: Insgesamt haben wir eine gute und faire Lösung gefunden.

(Ottmar Schreiner [SPD]: Ich dachte, ihr seid am Suchen!)

– Lieber Kollege Schreiner, das sage ich Ihnen hier noch einmal ganz deutlich: Die Bundesrepublik Deutschland hat eine faire und ausgewogene Sozialgeschichte.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP – Ottmar Schreiner [SPD]: Der Ball war sehr flach gespielt! Das war ein richtiger Flachmann! – Dr. Wolfgang Strengmann-Kuhn [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Peinlich, absolut peinlich!)

Vizepräsident Dr. Hermann Otto Solms:

Ich schließe die Aussprache. (D)

Wir kommen zur Abstimmung über die Beschlussempfehlung des Ausschusses für Arbeit und Soziales auf Drucksache 17/6390.

Der Ausschuss empfiehlt unter Buchstabe a seiner Beschlussempfehlung die Ablehnung des Antrags der Fraktion der SPD auf Drucksache 17/5516 mit dem Titel „DDR-Altübersiedler und -Flüchtlinge vor Rentenminderungen schützen – Gesetzliche Regelung im SGB VI verankern“. Wer stimmt für diese Beschlussempfehlung? – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Die Beschlussempfehlung ist angenommen mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen gegen die Stimmen der Oppositionsfraktionen.

Unter Buchstabe b empfiehlt der Ausschuss die Ablehnung des Antrags der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen auf der Drucksache 17/6108 mit dem Titel „DDR-Altübersiedler und – Flüchtlinge vor Rentenminderungen schützen – Gesetzliche Regelung im SGB VI verankern“. Wer stimmt für diese Beschlussempfehlung? – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Die Beschlussempfehlung ist mit gleichem Stimmenverhältnis angenommen.

Ich rufe den Tagesordnungspunkt 13 a und b auf:

- a) Beratung des Antrags der Abgeordneten Uwe Schummer, Albert Rupprecht (Weiden), Michael Kretschmer, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der CDU/CSU sowie der Abgeordneten